Die Klagen der Arbeitgeber über den Fachkräftemangel sind alarmierend, das Wirtschaftswachstum werde gebremst. Doch dieser Notstand ist nicht über Nacht aufgetreten. Er war mit großer Treffsicherheit vorhersehbar.
Insbesondere die Arbeitgeber wissen aus Erfahrung, dass die Nachfrage nach Fachkräften bei einer Konjunkturbelebung regelmäßig steigt. Eine Besonderheit ist diesmal allenfalls darin zu sehen, dass der Mangel an Fachkräften schon bei relativ bescheidenen Wachstumsraten einsetzt. D.h. die Unternehmen haben ihren Personalbestand in den letzten Jahren radikal ausgedünnt.
Lesen Sie mehr in einem Beitrag, der uns von einem Arbeitsmarktexperten zur Verfügung gestellt wurde, der namentlich nicht genannt werden möchte.

Offensichtlich schlagen Rückgänge bei den Aufträgen oder andere Schwierigkeiten eines Unternehmens unmittelbar auf das Arbeitsvolumen durch. Im Gegensatz zu dem Vorwurf, der Arbeitsmarkt sei nicht flexibel genug, sind die Beschäftigten in zunehmendem Maße die Puffer der Unternehmen geworden.

Darüber hinaus gilt die alte Regel, wer über Fachkräftemangel klagt, hat nicht genug ausgebildet. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungs-Verträge ging von 1999 bis 2005 nahezu kontinuierlich zurück. 2005 waren es noch 559 061. Das ist der schlechteste Wert seit der Wiedervereinigung. Die Unternehmen haben die Chancen nicht genutzt, die ihnen mit der wachsenden Zahl der Schulabgänger geboten wurden.

2006 sind gegenüber dem Vorjahr 22 250 Ausbildungsverträge mehr geschlossen worden. Dieser Zuwachs ist vor allem konjunkturbedingt. Er signalisiert noch keine Trendwende, zumal gleichzeitig mit 49 500 unversorgten Jugendlichen der Negativrekord von 1997 übertroffen wurde. Damals sind 47 500 Bewerber leer ausgegangen. Und die Negativzahl von 49 500 unversorgten Jugendlichen ist nur die halbe Wahrheit. Jugendliche, die nach erfolglosen Bewerbungen auf Alternativen ausweichen, werden dabei nicht als Nachfrager gezählt, auch dann nicht, wenn sie ihren Wunsch nach einer Lehre aufrecht erhalten.

Nach Erhebungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) war etwa die Hälfte der Bewerber (390 000) um eine Ausbildungsstelle erfolglos. Diese Jugendlichen sind in eine schulische Nach- oder Weiterqualifizierung bzw. in eine berufsvorbereitende Maßnahme eingemündet, haben sich ohne Berufsausbildung am Arbeitsmarkt orientiert oder waren „anderweitig verblieben“. Rechnet man die erfolglosen Bewerber heraus, bei denen der alternative Verbleib nicht eine zweitbeste Lösung darstellt (z.B. Berufsfachschule), ist nach Berechnungen des IAB von einer unbefriedigten Arbeitsplatznachfrage von etwa 160 000 Jugendlichen auszugehen.

Bei diesen Ergebnissen von einem Erfolg des Ausbildungspaktes 2004 – 2006 zu sprechen- wie das der Bundeswirtschaftsminister und die Wirtschaftsverbände tun- ist geradezu verwegen und allenfalls mit den zu bescheidenen Zielvorgaben der Paktpartner zu erklären.

Die Vereinbarungen des Ausbildungspaktes 2007 – 2010 lassen keine grundlegende Besserung erwarten. Die Wirtschaft setzt sich das „verbindliche Ziel“, während der Dauer dieses Paktes im Durchschnitt pro Jahr 60 000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben. Das ist nur auf den ersten Blick vielversprechend, weil es sich um neue, nicht aber um zusätzliche Ausbildungsplätze handelt. Das heißt, die Wirtschaft erreicht ihr Ziel auch dann, wenn den 60 000 neuen 38 000 weggefallene Arbeitsplätze gegenüberstehen und zusätzlich nur 22 000 Plätze angeboten werden (so im „Erfolgsjahr“ 2006). Das sieht auch die BDA so, wenn sie mitteilt: „Die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze ist besonders wichtig, um die aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen entfallenden Ausbildungsplätze weitestgehend zu kompensieren bzw. die Zahl der Ausbildungsplätze möglichst zu erhöhen.“

Offensichtlich sehen sich die Wirtschaftsvertreter nicht in der Lage, den Mangel an Ausbildungsplätzen zügig zu beheben. Dabei unterstreichen die Verbände selber den hohen Stellenwert qualifizierter Belegschaften für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Unabhängig davon entscheiden die einzelnen Unternehmen jedoch autonom darüber, ob und in welchem Umfange sie ausbilden.

Tatsächlich ist der Anteil der Unternehmen, die Ausbildungsplätze schaffen, zurückgegangen. Rund 500 000 Unternehmen sind ausbildungsfähig, bieten aber keine Plätze an. Dabei ist der Anteil der Auszubildenden an den Beschäftigtenzahlen in den Großunternehmen mit 5% kleiner als im Landesdurchschnitt (6,8 %).

Das Potential für ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot ist also vorhanden. Es muss mobilisiert werden. Das gelingt nicht, wenn sich die Partner des Ausbildungspaktes mit bescheidenen Zielvorgaben zufrieden geben und schlechte Ergebnisse als Erfolge verkaufen. Es genügt nicht, grundlegende Reformen im Bereich der Schulen und Hochschulen zu verlangen. Das hat den Beigeschmack eines Ablenkungsmanövers, solange die Wirtschaft ihren eigenen Beitrag nicht leistet, das Potential von 160 000 Jugendlichen, die ausbildungsfähig und ausbildungswillig sind, brach liegen lässt und ohne Ausbildung gebliebene Arbeitnehmer oft den Weg in den Niedriglohnsektor antreten müssen. Das dient dem Wirtschaftstandort Deutschland nicht.